

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld.)  
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3167

**Inhalt:**

Der 6. deutsche Gewerkschaftskongress. — Münchener Wohnungsfragen. — Arbeiterauswahl in der Berliner Straßenreinigung. — Eine Agitationstour. — Brief aus Hannover. — Aus unserer Bewegung. — Stichwahl-Ergebnisse von der Wahl des 3. Delegierten zum Gewerkschaftskongress. — Mundschau. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Der 6. deutsche Gewerkschaftskongress.

Vom 22. bis 27. Juni wird der sechste Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg tagen. In Nr. 14 der „Gewerkschaft“ haben wir bereits die Tagesordnung nebst Referenten bekanntgegeben. Nachzutragen wäre noch der neu eingeschobene 7. Punkt: „Die Organisation zur Erziehung der Jugend“, worüber R. Schmidt-Berlin referieren wird. Es erübrigt sich, auf die Bedeutung der bevorstehenden Tagung hinzuweisen, sie ist sicher unseren Kollegen bekannt. Wir wollen nicht wie die christlich-nationalen Gewerkschaften eine Parade abhalten, sondern es soll ernsthafte innerorganisatorische Arbeit geleistet werden. Der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung gilt es in jeder Beziehung Rechnung zu tragen. Wir haben auch nicht nötig, der Leffentlichkeit blauen Dunst vorzumachen mit doppelt und dreifach gezählten Mitgliedern, wie dies nachweislich bei dem christlich-nationalen Kongress geschehen ist, sondern wir können an Hand exakter Statistiken den zahlenmäßigen Nachweis erbringen, daß circa 1 900 000 freie Gewerkschaftler in Hamburg durch ihre Delegierten vertreten sein werden. Aber nicht nur in dieser einen Zahl repräsentiert sich die wachsende Macht der deutschen Klassenbewußten Arbeiterklasse. Die ungeheure Steigerung der Leistungsfähigkeit, der innere Ausbau unserer modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung nötigt die Bewunderung jedes Kulturhistorikers, nötigt selbst die Bewunderung unserer Feinde!

Und Feinde sind noch immer rinasum! Die Unternehmer haben im letzten Jahrzehnt verzweifelte Anstrengungen gemacht, unseren Fortschritten nach Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen die Spitze zu bieten. Bis zu einem gewissen Grade ist es auch dem koalitierten Unternehmertum gelungen, die Aufwärtsbewegung der Lohnverhältnisse, das Streben nach kürzerer Arbeitszeit zu verlangsamen! Miefenausferrungen usw. haben uns zum Teil gezwungen, eine andere Taktik einzuschlagen und unerhörten Opfermut von den Gewerkschaftsmitgliedern zu verlangen. Aber das brutale Vorgehen hat auch den Zusammenschluß der Arbeiter weit mehr beschleunigt, als es die intensivste Agitation jemals vermocht hätte. Selbst die neue Schutztruppe der Unternehmer, die „Gelben“, werden dazu dienen, daß weiteren Laienden die Augen darüber aufgehen, was vom „alten Willen“ der Kapitalisten zu erwarten ist. Und so werden die Einigkeitsbestrebungen der deutschen Arbeiter, der Zusammen-

schluß in festgefühten Industrieverbänden sich schneller vollziehen, als mancher von uns es jemals zu hoffen wagte.

Mit unserer glänzend entwickelten Gewerkschaftspresse, mit unseren Ausgaben und Fonds für Kämpfe und Unterstützungszwecke stehen wir da als ein Heer, das gut gewappnet ist und dem Feinde getrost ins Auge schauen kann. Selbst die früher für uns so vorbildliche englische Gewerkschaftsbewegung sind wir im besten Zuge zu überholen. Aber das darf uns nicht übermütig machen! Vielmehr verpflichtet uns besonders die gegenwärtige Situation zu um so sorgfältigerem Abwägen der Chancen bei unseren Kämpfen, weil die Verantwortlichkeit sich entsprechend gesteigert hat. Deshalb muß auch das so oft zu Unrecht angegriffene Verantwortlichkeitsgefühl der Gewerkschaftsführer sich noch viel mehr auf die breiten Massen der Mitglieder übertragen.

Viel mehr Disziplin! Das heißt ganz und gar nicht Stabergehorsam, sondern Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und damit Unterordnen unter eherne Notwendigkeiten, mag es auch einmal schwer fallen. Die letzte Bauarbeiterbewegung sollte allen Gewerkschaftsmitgliedern zu denken geben.

Toch wir wollen noch die eingelaufenen Anträge („Correspondenzblatt“ Nr. 20) zum Gewerkschaftskongress einer kurzen Betrachtung unterziehen. Es sind diesmal nur circa 30 Anträge gegen 95 zum 5. Kongress 1905 in Köln. Jedemfalls werden die Delegierten noch selber, falls notwendig, aus der Debatte heraus, weitere Anträge stellen. Einem Antrag der Sattler (Hamburg): „Gewerkschaften und Maifeier“ besonders auf die Tagesordnung zu legen, wird wohl nicht entsprochen werden, da dieser Punkt beim Rechenschaftsbericht unter „Allgemeine Agitation“ ohnehin ausgiebig verhandelt werden wird. Allgemein wird das Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission bezüglich der Maifeier als ein verfehltes angesehen. Leider sagen die Anträge vom Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M. nicht, wie die Unterstützungstrage geregelt werden soll, wie überhaupt fast die ganze bisherige Kritik sich vorwiegend negativ verhält. Der Metallarbeiterverband viel verlangt Teilung der Kosten für die Maiausgesperrten je zur Hälfte von Partei und Gewerkschaft. Uns scheint, offen gestanden, die Schaffung eines lokalen Maifonds durch die Gewerkschaftskartelle nicht so ungeheuerlich, wie es vielfach dargestellt wird. Aber vielleicht heben die Bekämpfer dieser Idee etwas Besseres aus. Uns sollte das freuen! Fast wichtiger erscheint uns aber die Ausgestaltung der Maifeier zu einem einheitlichen Fest aller Arbeiter. Der gegenwärtige Zustand in Berlin und vielen Großstädten, am Vormittag die Gewerkschaftsversammlungen, am Nachmittag die Parteivergungungen (oftmals recht zweifelhafter Art mit Spezialitäten-theater usw.) entspricht nicht der Würde des Tages.

hätte allerdings der Bildungsausschuss der Partei eine Aufgabe zu lösen, die unseres Erachtens recht dringlich ist. So viel uns bekannt, wird seitens unserer Hamburger Filiale der Antrag auf Verlegung der Maiseier gestellt werden. Dem können wir schon aus dem Grunde nicht zustimmen, als das gleichbedeutend wäre mit der Aufgabe einer einmal errungenen Position an vielen Orten und in zahlreichen Berufen. Wir dürfen eben nicht von unserem gegenwärtigen Standpunkt aus allein die Dinge ansehen, müssen vielmehr trachten, es dahin zu bringen, wohin es die Züricher Gemeindearbeiter bereits gebracht haben, nämlich nach behördlicher Anerkennung der Maiseier.

Eine große Anzahl von Anträgen befaßt sich mit den Grenzstreitigkeiten bzw. mit dem engeren Zusammenschluß in Industrieverbänden. Hierzu haben unsere Hamburger Kollegen die Aufhebung der Resolution der Zentralvorstände, unseren Verband betreffend, beantragt. Wir haben schon auf dem Mainzer Verbandstage die Unhaltbarkeit der betreffenden Resolution nachgewiesen. Die Entwicklung hat uns in jeder Beziehung recht gegeben. Sozifagen ganz von selbst hat sich unser Organisationsgebiet ohne erhebliche Kollisionen abgegrenzt und soweit bestehende Differenzen schwebten, sind sie durch Schaffung von Kartellverträgen behoben worden. Deshalb dürften wir auch bei diesem Punkt gar nicht so sehr in den Vordergrund rücken, wie zahlreiche andere Verbände. Unsere schon seit Jahren wiederholt ausgesprochene Ansicht deckt sich im ganzen mit der von Leqien in Nr. 12 der „Sozialistischen Monatshefte“: „Diese (Grenzstreitigkeits-)Fragen können weder auf einem Gewerkschaftskongress noch auf allgemeinen Gewerkschaftskonferenzen entschieden werden, sie lassen sich nur durch Verständigung und Vereinbarung zwischen den unmittelbar beteiligten Organisationen lösen. Der Kongress kann und wird Anregungen hierzu geben, die endgültige Regelung aber wird er den einzelnen Organisationen überlassen müssen.“

Ueber den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel wird D. Almann-Hamburg referieren. Wir sind der Meinung, daß in Deutschland diesem unter Umständen überaus wirkungsvollen Kampfmittel längst nicht die Bedeutung beigegeben wird, die ihm zukommt. In England und Amerika ist der „Kabel“, d. h. die Gewerkschaftsmarke zur Kennzeichnung der unter tariflichen Löhnen hergestellten Ware eine bedeutende Waffe geworden, die wir sehr wohl in unserem Arsenal einreihen könnten. Der systematische Boykott aller anderen Waren würde sicher äußerst erzieherisch wirken. Ueberhaupt wird bei uns die Eigenschaft als Konjunkt lange nicht genug in die Waagschale geworfen! Eifrige Unterstützung der Genossenschaften, planmäßiger und strenger Boykott aller Geschäfte, die sich gewerkschaftsfeindlich zeigen, Ausschaltung aller Waren, die nicht unter tariflichen Löhnen hergestellt werden, das würde immerhin erzieherisch auf das deutsche Unternehmertum wirken. Mag man uns darob dann „terroristisch“ schelten, wir werden's zu ertragen wissen. Sicher werden wir auch in Deutschland einmal diese vorgestreckten Ziele erreichen. Natürlich können „Kontrollmarke“ und Boykott den Streik als Waffe in keiner Weise ersetzen.

Die Organisation zur Erziehung der Jugend ist gleichfalls ein Gebiet, das wir jahrelang gründlich vernachlässigt haben. Robert Schmidt-Berlin, der Referent über diese Frage, behandelt bereits, gleichfalls in Nr. 12 der „Sozialistischen Monatshefte“, dieses Thema. Er weist darauf hin, daß die beiden bestehenden freien Jugendorganisationen in Deutschland durchaus unzureichend ihre Aufgabe erfüllen. Dazu hat nun das neue Vereinsgesetz andere Verhältnisse geschaffen, die beachtet werden müssen. Die Herausgabe einer gut geleiteten Zeitung mit einem großen Mitarbeiterstab, die mit seinem Takt redigiert sein müsse, frei von aller schwerfälligen Spintifizierung, der Jugend ein freundlicher Wegweiser, ist be-

sonders wichtig. Es sollen außerdem Kommissionen aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften gebildet werden, die öffentliche Vorträge usw. für die Jugendlichen veranstalten sollen. Inzwischen haben die Lithographen bereits durch Bildung von Jugendabteilungen in ihrer Gewerkschaft Vorarbeit geleistet, die hoffentlich auch anderweitig Nachahmung findet. In jedem Fall muß der systematischen Vermalmimpfung der Arbeiterbewegung in Jünglingsvereinen usw. durch moderne Jugendorganisationen ein Paroli geboten werden.

Für unsere Kollegen in Heil- und Badeanstalten werden auch die Verhandlungen über Kost- und Logiswesen sowie die gewerksmäßige Stellenvermittlung besonders interessant sein. Falls genügend Zeit bleibt, wird der letzte Punkt „Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland“ interessantes Material zutage fördern. Dafür bürgt schon der altbewährte Referent Hermann Wolfenbühler, der auf diesem Gebiete ganz besonders zu Hause ist.

Dem Gewerkschaftskongress wird eine Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsredakteure vorausgehen, die u. a. auch über das längst beschlossene Nachrichtenbureau beraten soll.

Jedenfalls wird die Hamburger Tagung für jeden organisierten Arbeiter von großer Wichtigkeit sein. Der knappe Raum unserer Zeitung, wie auch das periodische Erscheinen werden eine ausgedehnte Berichterstattung leider nicht möglich machen. Wir möchten deshalb allen Kollegen dringend anraten, die Verhandlungen in der Arbeiterpresse täglich aufmerksam zu verfolgen. Es wird für jeden von Nutzen sein.

Unsere Delegierten, die Kollegen A. Mohs, Bürgler, Sedmann und Wukly sind zur Vertretung unserer Organisation bestimmt. Sie werden in ihren Bezirken über die Resultate des Hamburger Gewerkschaftskongresses später berichten. Mögen die Verhandlungen dazu beitragen, der deutschen Arbeiterklasse noch mehr Einheit und Geschlossenheit zu bringen, dann werden uns auch die Kapitalmächte auf die Dauer nicht widerstehen können.

## Münchener Wohnungsfragen.

In München herrscht zurzeit eine speziell die Arbeiterschaft sehr drückende Wohnungsnot, als deren Folge sich eine Steigerung der Mietpreise bis zur unerschwinglichen Höhe eingestellt hat. Eine Tatsache, die unbestreitbar ist und die auch — wenn man eine Handvoll beutelüsterer Mitglieder des Grund- und Hausbesitzervereins übergeben will — von keiner Seite bestritten wird. Die Münchener Arbeiterschaft nahm in einer stark besuchten Versammlung im Münchener Bündler-Stellung zu dieser Frage. Auch der königliche Staatsminister Erzengel v. Pretreisch befandete das Interesse der Regierung, indem er einer Tagung des Vereins für Wohnungsfürsorge, in welcher u. a. auch unser Genosse Landtagsabgeordneter J. Timm ein äußerst instruktives Referat erstattete, bewohnte. Die Quintessenz all dieser Veranstaltungen, zu denen erfreulicherweise auch die städtischen Arbeiter durch fleißige Teilnahme, insoweit das möglich war, ihr Interesse bekundeten, war, daß Staat und Stadt aufgefordert wurden, unbedinglich Maßnahmen zur Linderung dieser Wohnungsnot zu treffen.

Im Magistrat hatte früher schon Magistratsrat Genosse E. Schmidt den Antrag gestellt, die Stadtgemeinde solle in der Nähe der neuen Gasfabrik Moosach Kleinwohnungen in eigener Regie erstellen, damit die Arbeiter bei der demnächstigen Inbetriebnahme des Werkes Wohnungsgelegenheit vorfinden. So sieht schon eine Anzahl von Gasarbeitern in der neuen Fabrik beschäftigt werden, so müssen sie wohl oder übel außerhalb des Stadtgebietes — in der Landgemeinde Moosach — Wohnung nehmen. Es ist dies gleichbedeutend mit dem Verlust des so teuer erworbenen Münchener Bürgerrechtes, von sonstigen Annehmlichkeiten als: Fortsschule, einige Hundert Prozent Gemeindefürsorge und dergleichen ganz zu schweigen. Auch ist es bedauerlich, daß — wie jederzeit nachgewiesen werden kann — die Arbeiter von Beamten der Gasfabrik beschwächt wurden, sie könnten unbeschadet

des Bürgerrechts nach Moosbach ziehen; den Schaden haben nun diese Arbeiter. Bemerkenswert an der Sache ist auch, daß seitens des Magistrats in wirklich plumper Weise eine Notiz in die gesamte Münchener Tagespresse lanciert wurde, in welcher das Privatkapital animiert wurde, sich auf die „zahlungsfähigen Mieter“ darstellenden Gasarbeiter zu stürzen durch Aufschichtung einiger nordöstlich bewohnbarer Steinhäuser nächst der Gasfabrik. Das wäre nun allerdings g'pupst wie g'sprungen. Denn da sämtliche an der neuen Gasfabrik gelegenen Grundstücke sich in den Händen der Stadtgemeinde München und des Militärstützpunktes befinden, so wäre das Privatkapital immer noch genötigt, sich außerhalb des Bürgerrechts zu betätigen, was für die solche Wohnungen beziehenden Gasarbeiter wieder mit dem Verlust des Bürgerrechts verbunden wäre. Unter solchen Umständen traf der Antrag des Genossen E. Schmid das Richtige; nämlich: daß die Stadtgemeinde selbst innerhalb des Bürgerrechts in der Nähe der Gasfabrik auf ihrem Grundbesitz Kleinwohnungen erstellt, die aber — und darauf ist ein Hauptgewicht zu legen — in keiner Weise mit der Gasanstalt in Zusammenhang gebracht werden dürften. Die Mieter dieser Wohnungen sollen dem Magistrat gegenüber lediglich Mieter sein und das Arbeitsverhältnis des einzelnen Arbeiters dabei vollkommen ausgeschaltet bleiben.

In der Sitzung des Gemeindefollegiums vom 4. Juni 1908 hat die sozialdemokratische Fraktion den Antrag eingebracht, „der Magistrat wolle in Anbetracht der unerträglichen Wohnungsnot den Bau von Kleinwohnungen in die Wege leiten“. Und in der Sitzung des Gemeindefollegiums vom 11. Juni 1908 kam ein Gesuch der „Vereinigung städtischer Arbeiter“, eines unter spezieller Bevormundung des Rathauszentrums stehenden Lokalvereins ohne jegliche Bedeutung, in den Einlauf, dessen Sinn darin gipfelte, „es sollten für die städtischen Arbeiter Dienstwohnungen erstellt werden“.

So sehr die städtischen Arbeiter mit den Anträgen sowohl des Genossen E. Schmid, als auch der sozialdemokratischen Fraktion des Gemeindefollegiums einverstanden sind und damit sympathisieren, so müssen sie doch auch mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit das Gesuch der „Vereinigung städtischer Arbeiter“ als einen mit den Interessen der städtischen Arbeiter nicht zu vereinbarenden Unfug bezeichnen und folglich dagegen Stellung nehmen. Auch die sämtlichen Arbeiterausschüsse werden sich höchstwahrscheinlich mit dem Gedankengang des Antrages der „Vereinigung“ städtischer Arbeiter nicht befreunden können. Ehe hier aber die Gründe zu dieser gegensätzlichen Stellung zu entwickeln sind, soll dargelegt werden, aus welchen Motiven heraus dieser Antrag auf Errichtung von Dienstwohnungen entsprungen ist. Damit wird die Sache verständlicher. Außerdem sei auch noch beigefügt, daß die „Vereinigung“ sowohl hinsichtlich der Mitgliederzahl, als auch des eingeschlagenen Weges nicht im Namen der städtischen Arbeiter zu sprechen berechtigt ist. Denn mit diesem Antrage kann die große Mehrzahl der städtischen Arbeiter niemals einverstanden sein.

Um die Sache psychologisch zu erklären, wollen wir uns die Vorgänge etwas vergegenwärtigen. Genosse E. Schmid und die sozialdemokratische Fraktion des Gemeindefollegiums haben Anträge auf Errichtung von Kleinwohnungen gestellt. Die Verhandlungen sind eingeleitet. Im Spätherbst ist Gemeindevwahl; die bürgerlichen Parteien buhlen jetzt schon um die Gunst der Wähler. Die „Vereinigung“ bildet den Tummelplatz diverser „verkannter“ Zentrumsgeräts, bzw. Korporale. Das Zentrum aber, wie man sie im Rathaus nennt, die „Ultramontanen“ leiden an der „Schwindfucht“, sie haben früher auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Gemeindeverwaltung Sünde auf Sünde gehäuft und möchten nun das verloren gegangene Vertrauen der Arbeiterschaft zurückgewinnen. Dazu Veranlassung boten sie um so mehr, als sie erst in den allerletzten Tagen im bayerischen Landtage, wo sie ja „die Mehreren“ sind, die Stadt München durch die Verlegung der Lehrerbildungsanstalt nach „Pasing“ sehr stark „gefrazzelt“ haben. Die Anträge der sozialdemokratischen Vertreter im Gemeindeparlament haben unter der Arbeiterschaft großen Anklang gefunden, gegen welche glückliche Aktion sowohl in der Form als auch der Sache nun die Ultramontanen etwas Ebenbürtiges leisten, bzw. gut parieren wollen.

Unglücklicherweise rekrutiert sich nun aber das Gros der Wähler der Rathausultramontanen aus den Reihen der Hausbesitzer und des sogenannten Mittelstandes. Um diese nicht vor den Kopf zu stoßen, dürfen die Ultramontanen selbst einen Antrag auf Errichtung von Kleinwohnungen seitens der Gemeinde

nicht stellen. Es mußte deshalb die am Zentrumsgegangelbande geführte „Vereinigung“ städtischer Arbeiter herhalten, um die wenigen mit den Ultramontanen sympathisierenden, speziell städtischen Arbeiter zu betören.

Mit dieser Erklärung wäre ohnehin schon der Antrag der „Vereinigung“ auf Errichtung von Dienstwohnungen moralisch abgetan. Aber es sei hier auch auseinandergesetzt, weshalb und warum sich die große Zahl der modern organisierten städtischen Arbeiter, einschließlich der zuständigen Arbeiterausschüsse, nicht mit dem Bau von Dienstwohnungen für die städtischen Arbeiter einverstanden erklären kann.

Ein nicht unwesentlicher Grund liegt zunächst darin, daß nur eine kleine Zahl von Arbeitern solche Dienstwohnungen bekommen würde; jedenfalls würden Aufseher, Vorarbeiter und sonstige Lieblingskinder da einziehen. Es ginge da genau so, wie bei der Versorgungskasse, bei welcher auch vier Fünftel der 1766 Mitglieder keine Arbeiter im vollen Sinne des Wortes sind. Und ebenso ist es mit den übrigen „Wohlfahrtseinrichtungen“, die nur einer Minderheit zugute kommen, die aber den städtischen Arbeitern — und zwar allen — bei jeder Gelegenheit vorgerupft werden, und die durch niedrigere Löhne doppelt wieder hereingebracht werden. So würden auch hier gerade jene Arbeiter, die am schlechtesten bezahlt sind, keine Dienstwohnungen erhalten; nur ein kleiner Prozentsatz hätte einen Vorteil hiervon, die Gesamtheit der städtischen Arbeiter aber würde die billigere Wohnung einzelner städtischer Arbeiter in Gestalt geringerer Löhne bezahlen müssen. Und noch schwieriger würde es für die städtischen Arbeiter, Lohn-erhöhungen herauszuschlagen, als es ohnehin heute schon ist. Die Dienstwohnungen aber hängen den städtischen Arbeiter mit noch mehr Fesseln an den Betrieb, als dies ohnehin schon durch die bisherigen „Wohlfahrtseinrichtungen“ geschieht. Man denke einmal an die Ausübung des Koalitionsrechtes bis zur letzten Konsequenz — wobei ganz natürlich solche unbotmäßige Mieter augenblicklich exmittiert würden. Es ist also richtige Totengräberarbeit, die hier seitens der „Vereinigung“ geleistet wurde.

Der Bau von Wohnungen aber für die städtischen Arbeiter allein ist keine kommunale Wohnungspolitik. Man darf eben in solchen Fragen gelegentlich der Interessenvertretung von städtischen Arbeitern nicht den Weitblick über die Gesamtheit verlieren. Für die städtischen Arbeiter muß in dieser Wohnungsfrage von dem Gesichtspunkte allgemeiner Arbeiterkommunalpolitik aus gehandelt werden. Auch in den städtischen Betrieben muß es heißen: Hier Arbeit — hier Bezahlung. Nach Schluß der Arbeit will jeder sich selbst gehören, wohnen wo er will, sich bewegen wie er will, und nicht unter einer lajernenmäßigen Hausordnung stehen, wie sie in solchen Dienstgebäuden üblich sind. Man frage nur einmal die in den Dienstgebäuden wohnenden Salinenarbeiter in Rosenheim, wie drückend dieser „ewige Dienst“ und die Beaufsichtigung durch den „Hausverwalter“, der natürlich ein Vorgesetzter ist, empfunden wird.

Nun ist es aber eine Pflicht der Stadtverwaltung, der Wohnungsfürsorge ein reges Augenmerk zuzuwenden; ebenso wie sie auch Maßnahmen zur Aufrechterhaltung erschwinglicher Lebensmittelpreise zu treffen hat.

Und da sei an einem Beispiel gezeigt, wie borniert und verfehlt der von der „Vereinigung“ eingebrachte Antrag ist. Sagen wir in München seien die Fleischpreise durch den Übermut der Metzger zu einer unerwidriglichen Höhe gediehen. Nun würde die Stadt eine Fleischverkaufsstelle einzig und allein für ihre Arbeiter errichten. Wäre nun damit etwas für die gesamte fleischkonsumierende Arbeiterschaft erreicht? — Keineswegs. Es wäre damit höchstens ein Zustand erreicht, der dem von der organisierten Arbeiterschaft mit Recht verpönten und bekämpften „Trudlsystem“ bedenklich nahe käme. Um so mehr als schließlich auch andere größere Betriebe diesem üblen Beispiele folgen würden, um — und gerade das ist eben der Kernpunkt der Sache — angesichts der hohen Lebensmittelpreise nicht die Löhne erhöhen zu müssen.

Anders aber, wenn der Magistrat in den verschiedenen Bezirks Fleischverkaufsstellen für die Allgemeinheit erstellen würde. — Ohne weitere Auseinandersetzungen ist klar, daß diese sofort preisregulierend wirken würden. Und was hier bezüglich der Fleischpreise gesagt ist, trifft aufs Haar zu auch auf die Wohnungspreise; woraus sich logisch ergibt, welche Stellung die Arbeiterschaft — insbesondere auch die städtischen Arbeiter — in der Wohnungsfrage zweckmäßig einzunehmen haben. Diese Stellungnahme muß sich folglich naturnotwendigerweise mit den Anträgen decken, wie sie von den sozialdemokratischen Vertretern im Rathaus gestellt wurden, wonach die Gemeinde den Bau von Kleinwohnungen für

die Allgemeinheit in die Hand zu nehmen hat. Nur dadurch, daß solche Wohnungen für die Allgemeinheit erstellt werden, können sie preisregulierend wirken, was nicht der Fall wäre, wenn diese Wohnungen von vornherein schon für die städtischen Arbeiter allein bestimmt wären. Denn damit würden sich die Hausagrarier sehr bald abfinden, im übrigen aber an den hohen Mietpreisen festhalten. Ganz abgesehen davon, daß damit die Unfreiheit mehr oder minder unter den städtischen Arbeitern um sich greifen würde.

Somit wäre noch die letzte und unangenehmste Seite der Frage zu prüfen. Nachdem wir gesehen haben, daß diese Aktion der „Vereinigung“ für die Gesamtheit keine Vorteile, wohl aber sehr wesentliche Nachteile mit sich bringen würde, drängt sich von selbst die Frage auf: „Wie kommt es, daß sich die „Vereinigung“ so willenlos zu derartig demagogischen parteipolitischen, für die Gesamtheit der städtischen Arbeiter aber schädlichen Anträgen mißbrauchen läßt? — Denn offensichtlich ist dieser Antrag nicht auf dem „Mist“ der „Vereinigung“ gewachsen.

Es kommt dies daher, weil sich an die Spitze dieser „Vereinigung“ Leute gedrängt haben, die — um es gelinde zu sagen — von den realen volkswirtschaftlichen Vorgängen keinen blauen Dunst haben. Sollen es bei all ihrem Tun und Lassen nur darum zu tun ist, Erbitterung unter die Arbeiter zu bringen und unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit demagogische Zentrums- politik zu treiben. Leute, die — ja, es ist wirklich so — den Begriff „Handarbeit“ überhaupt nur vom „Zuschauen“ kennen. Bedauerlich, daß es unter den städtischen Arbeiter noch Leute gibt, die sich von solchen Herren, denen nicht einmal die Anfangsbuchstaben volkswirtschaftlicher Grundzüge geläufig sind, leitbammeln lassen. Mögen die der „Vereinigung“ angehörenden Kollegen endlich einsehen, in welche Sackgasse sie von ihnen nicht mit der Arbeiterschaft fühlenden „Führern“ eines zentrumparteipolitischen Schachzuges weihen gedrängt werden. Wollen diese Kollegen wirklich reale Arbeiterpolitik treiben, dann ist ihr Platz im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Für jene unverantwortlichen Führer der „Vereinigung“, Vahnoberexpeditor und sonstige Korporale, den wirklich guten Rat: „Schuster, bleib bei deinem Leisten!“

F. Sebald.

### Arbeiterauswahlwahl in der Berliner Straßenreinigung.

Der Verleumdungsfeldzug, den der Vorstand des Reichs- und Landesstraßenreinigungsvereins gegen unsere Organisation geführt, erreicht jetzt wohl seinen Höhepunkt. Bei der bevorstehenden Wahl des Arbeiterauswahls gilt als Angelpunkt ihrer Bestrebungen, ihre Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Zu empfehlen suchen sie sich nicht etwa mit den Erfolgen ihrer Tätigkeit für die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse. Dazu sind sie mangels eines Beweises außerstande. Um so mehr ist man bestrebt, unsere Erfolge nicht bloß abzustreiten, sondern wo möglich in das Gegenteil zu verkehren. Soweit in Rücksicht auf die Organisationszersplitterung Erfolge nicht zu verzeichnen sind, schiebt man den im Verbandsorganisierten Kollegen die Schuld in die Schuhe.

Am letzten „Correspondenzblatt“ lesen wir hierüber wie folgt:

„Wie gerecht und unparteiisch diese (die organisierten Arbeiterauswahlmitglieder) in der Folgezeit ihr Amt ausüben, ist bekannt. (Wo und wann verschweigt man.) Sie unterdrückten nach berühmten Mustern die Minorität und machten ihr in allen Stücken das Leben schwer, statt mit den Ortsvereinsvertretern gemeinsam über die Bedürfnisse der Kollegschaft zu beraten und friedlich nebeneinander die Betriebsangelegenheiten zu erörtern. Finden Vorbesprechungen des Arbeiterauswahls statt, so wurden die Auswahlmitglieder des Ortsvereins nicht benachrichtigt. Daß Anträge von allen Vertretern gemeinsam gestellt wurden, kam unter solchen Verhältnissen natürlich nicht vor. Selbstverständlich mußten darunter unsere Interessen leiden.“

Wenn das letztere zutrifft, so haben die Schuld die Ortsvereinsvertreter. Dieselben wurden zu Anfang des Bestehens des Arbeiterauswahls zu den Vorbesprechungen eingeladen. Doch dieselben erklärten: „das hätte doch keinen Zweck“, und kamen eben nicht zu den Vorbesprechungen. Die Behauptung, daß Anträge gemeinsam im Interesse der Kollegen „natürlich überhaupt nicht“ gestellt wurden, ist etwas dreist. Erst vor einem halben Jahre wurde, anlässlich der Einführung der ständigen Vagantkolonnen, nicht nur ein Antrag, sondern mehrere „gemeinsam“ von allen Auswahlmitgliedern gestellt. Wenn das die berufenen Führer des Ortsvereins nicht mehr wissen, dann leiden sie eben

an Gedächtnischwäche. Vielleicht hat die Vergesslichkeit auch einen andern Grund; der Vorstand des Ortsvereins versprach die Hälfte der Unkosten der damaligen Aktion zu bezahlen. Doch Versprechen und Halten ist wohl bei anständigen Leuten, aber nicht bei den Herrn üblich.

Wie in dem angezogenen Artikel, wird in einem weiteren Artikel: „Von der Arbeiterauswahlwahl“ operiert. Zuerst hätten auch die Ortsvereinsvertreter wissen müssen, daß nur auf eine Beschwerde unserer Kollegen, die Direktion veranlaßt wurde, die Sitzung abzuhalten. Dann berichtet man auch nicht, daß dank der Tätigkeit unserer Verbandskollegen die Tageskosten auch am zweiten Pfingstfeiertage sich ablösen konnten. Interessant ist, daß das „Correspondenzblatt“ die falsche Anschauung des Vaurats, daß der Gummischieber nicht gezogen werden darf, weil er sonst nicht funktioniere, unweidspreden durchgehen läßt. Also die Herren, die den Mund nicht weit genug zu Versprechungen aufreißen können, wie manhaft und tapfer nur sie allein die Kollegen vertreten, haben nicht den Mut, dem Vaurat das Irrige seiner Anschauungen vorzubalzen. Auf die Urteilslosigkeit der Kollegen spekulieren die Herren mit dem Artikel „Ueberbescheiden“, der die Frage der Handtücherlieferung behandelt. Sie müssen selbst zugeben, daß die Verbandsmitglieder auf Grund des Antrages vom 11. November 1907 für die Lieferung von Handtücher stimmten. Erst als der Direktor wegen zu großer Kosten den Antrag ablehnen wollte, da kam der so sehr kritisierte Vorschlag des Kollegen Fscharkne — durch Vergabe der alten Handtücher und Trillischboxen —, Ersatz zu schaffen. Das heißt im Ortsvereinsstil zu reden, etwas zu nehmen, wenn man nicht alles bekommt“. Wenn übrigens die Ortsvereinsvertreter erwartet haben, daß unsere Vertreter gegen diesen schon am 11. November 1907 gestellten Antrag stimmen würden, so müssen sie dieselben für ebenso d—nkfähig gehalten haben, als sie selber sind.

Im übrigen wollen wir zu Ruh und Frommen ein Jugendtändnis festnageln: Als Einleitung zu dem Artikel „Ueber bescheiden“ steht wie folgt geschrieben: „Bisher glaubten wir immer, daß uns in punkto Bescheidenheit niemand den Rang ablaufen könne, worin wir auch noch durch die Artikel in der „Gewerkschaft“ bekräftigt wurden.“ Das genügt für jeden denkenden Kollegen. Der Glaube, das Geseheene wir neiblos zu, ist der richtige. Doch wird das Bild schönen Glaubens durch die Unwahrheit getrübt, die Verbandsvertreter hätten gegen den Fünfzehnerabend am Sonntagmorgen gestimmt. Der Antrag ist doch, wie das „Correspondenzblatt“ selbst angibt, verlagert worden. Ergo kann nicht dagegen gestimmt sein, sonst hätte er doch abgelehnt sein müssen. Dieser Antrag wurde mit unseren Anträgen auf Wiedereinführung der dienstfreien Montage und Verringerung der Tageslohn in den Wintermonaten verlagert. Wie sehen, daß der Antrag auf Wiedereinführung der freien Montage durch die Schuld der Ortsvereinsvertreter auf die lange Bank geschoben wird. Der § 2 der Bestimmungen des Arbeiterauswahls soll gemäß unserm Antrag geändert werden. Damit ist die Wahl von acht Auswahlmitgliedern wieder ermöglicht. Ferner soll hierbei gleich werden, daß ebenfalls auf unsern Antrag, Stimmzettel in gleicher Farbe und Größe bei der Wahl zur Ausgabe gelangen. Der Antrag auf Ausbändigung der Abschrift des Protokolls über die Sitzungen des Arbeiterauswahls soll der Deputation unterbreitet werden.

Das gleiche geschieht mit unserm Antrag: „Daß den beschäftigten Handwerkern entsprechend der Magistratsverfügung vom 2. Mai 1907 der erweiterte Urlaub gewährt werde“ Merkwürdig genug ist es, daß erst die Deputation beraten soll, ob Magistratsverfügungen auch im Vertriebe der Straßenreinigung durchzuführen sind. Etwas reichlich spät sind auch die Ortsvereinsvertreter mit dem Antrag aufgestanden, die Vohnzulagen mit den Tage des Dienstantrittes zu gewähren. Wir haben schon längst die notwendigen Schritte beim Magistrat unternommen. Weil doppelt gut hält, hatte der Ortsverein am 21. Februar 1908 auch den Antrag auf Lieferung von Handtücher und Seife gestellt. Seif soll freilich geliefert werden. Doch wir müssen schon wieder in die Presse springen, um hier für die Gesamtheit der Kollegen im gegen den Direktor Wobiling zu verfahren. Solche kindische Kraxen, ob die Arbeiter denn Weibchen- oder Niederleife haben wollen, sollten doch besser unterbleiben. Die ganze Reihe der seit gestellten Ortsvereinsanträge ist fast nichts als ein Abklatsch unserer Forderungen. Hierüber ist ausführlich in unserer öffentlichen Besammlung vom 2. Juni 1908 berichtet worden. Charakteristisch — nur die Verhandlung über den Ortsvereinsantrag betreffend — Einführung von Kommandierlisten für die Tage.

posten und für die Nachrichtabfuhr bei Nacht. Dieser Antrag wurde den Ortsvereinsvertretern zurückgegeben mit der Aufforderung (wie sie selber zugeben müssen), den Antrag mit einer eingehenden Begründung nochmals zu stellen. Die eigenen Anträge können also die Herren nicht einmal begründen. Und das, Kollegen, sind noch die „Fähigsten“ im Ortsvereine. Von derselben Schlauheit zeugt auch der Antrag: „Für den Abendposten bei starkem Gewitterregen Regenmäntel zu beschaffen“. Ob die Reunmalweisen des Ortsvereins denn geglaubt haben, Gewitter treten nur zwischen 8 und 12 Uhr abends ein, daß darum nur die Abendposten Regenmäntel brauchen könnten? Weinah muß man es annehmen. Sonst hätte man doch für alle Arbeiter Regenmäntel fordern müssen. Oder ist der Ortsvereinsvorstand der Ansicht, daß die andern Kollegen, die nicht Abenddienst haben, ruhig durchweichen können?

Wie ein roter Faden zieht sich bei dem Bericht des Ortsvereins das so oft festgestellte Bestreben hindurch, nur nicht gegen die Direktion! Da könnte ja Herr Klauß usw. nicht so viel mit Urlaub bedacht werden wie früher. Mit allen Mitteln zur Unterstützung der Direktion gegen die organisierten Kollegen. Das ist und bleibt die Parole jener „Arbeitervertreter“. Hier, Kollegen, muß mit aller Zähigkeit und Tatkraft auf eine Aenderung hingearbeitet werden. Meiner schiele darum bei der Wahl am 29. Juni. Jeder agitiere für die Wahl der Arbeiterausschuhvertreter des Verbandes. Und dann zur Stütze Eurer Vertreter im Arbeiterausschuh in Eurem eigenen wohlverstandenen Interesse: Sinein in die Organisation des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

### Eine Agitationstour

durch den Gau Straßburg a. El. unternahm in der Zeit vom 2. bis 10. Mai d. J. der Kollege Albin Mohs. Berlin. Der langgehegte Wunsch der Verbandsmitglieder im Südwesten: „den Verbandsvorständen auch einmal in ihrem Kreise zu haben“, ging damit endlich in Erfüllung; früher war dies leider infolge dringender Verbandsgeschäfte nicht gut möglich, selbst bei bester Würdigung der wunder schönen und reizvollen Gegend (Bodensee, Oberrhein, Schwarzwald usw.) nicht. Nachdem nun diese Reise-route längst beendet, will ich kurz und summarisch über ihren Ausgang berichten.

Versammlungen und Besprechungen fanden statt in Colmar, Freiburg, Konstanz und Weh je eine, in Mülhausen und Straßburg je zwei. Der Besuch war in Freiburg sowie in Mülhausen bei den Gasarbeitern wirklich gut, sonst allgemein nur mittelmäßig. Zum Teil, bei drei Versammlungen wenigstens, mögen hieran die kurz vor Versammlungsbeginn einsehenden Gewitterregen schuld gehabt haben, verschiedentlich machten sich hingegen andere Einflüsse, von „oben“ her, geltend. Der Kampf gegen unsere Organisation wird eben überall, nur in der Form verschieden, geführt. Furcht vor Massregeln und Indifferentismus offenbaren sich denn auch hier, nicht selten sogar in der trassischen Weise. Alles hilft da zusammen, um die auf- und vorwärtstrebende Bewegung der Arbeiter einzudämmen. Die „Aunst“, Menschen graulich zu machen vor den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, steht in diesen Landesteilen ebenso in Wäute wie anderwärts. Manch einer glaubt zuguterletzt solche Erzählungen. Die Aufklärung hat da leider nicht immer die nötigen Fortschritte gemacht. Vom Gros unserer dortigen Mitglieder können wir allerdings hervorheben, daß unter ihnen nicht allein ein guter Geist, sondern auch gesundes Denken und Urteilen sowie Solidarität mit der übrigen Arbeiterschaft auf breiter Grundlage zu finden ist.

Der in den Versammlungen zu behandelnde Stoff war fast allenthalben programmatischer und agitatorischer Natur. Zumeist wurde die Frage erörtert: „Welche Lohn- und Arbeitsverhältnisse können städtische Arbeiter erwarten und verlangen?“ Auch die „Macht der gewerkschaftlichen Organisation“ stand zur Tagesordnung. Am Anschluß an diese Vorträge wurden stets die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte diskutiert und in einigen Fällen hierzu auch weiter Stellung genommen. Für die Gasarbeiter in Mülhausen war die Versammlung speziell zu diesem Zwecke einberufen. Neben dem Ausgang der Lohnbewegung gibt der Spezialbericht in Nr. 23 der „Gewerkschaft“ Auskunft. Auch von den sonstigen Lohnbewegungen des Bezirkes ist in der „Gewerkschaft“ berichtet. Ich kann sie deshalb hier übergehen. In fast allen Versammlungen wurden aber Klagen darüber laut, daß die derzeitigen Löhne, bei den gesteigerten Ausgaben für den Lebensunterhalt, nicht ausreichen und daß die Verkürzung der Arbeitszeit mit der ausgedehnten Aufbarmachung von Naturkräften, Maschinen und sonstigen Hilfsmitteln nicht gleichen Schritt gehalten hat. Aus den Diskussionen ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Stadtverwaltungen den Wünschen der Arbeiter nicht in entsprechender Weise Rechnung tragen und die

Bearbeitungen der Eingaben ziemlich lange auf sich warten lassen. Der Wert der Arbeiterausschüsse wurde allgemein als recht zweifelhaft hingestellt, weil sie regelmäßig nur Beachtung finden, wenn's den Verwaltungen genehm oder ein größerer Druck der städtischen Arbeiter zu verspüren ist. Immerhin muß gesagt werden, daß die Lage der Kollegen in Mülhausen und Straßburg, speziell auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, doch um einige Nuancen besser ist, wie in einer Anzahl gleichartiger Städte. Hinsichtlich der Entlohnung hapert's jedoch in allen Städten des Gau's, da wäre ein schnellerer Fortschritt unbedingt geboten.

Entsprechend dem Zwecke der Versammlungen, war natürlich auch der Verlauf derselben; man kann ihn durchgängig gut bezeichnen. In Freiburg und Konstanz gab es hingegen kleinere Störungen. Am ersteren Orte wollte sich ein vom Verband ausgeschlossener sein Mütchen fühlen und den Erfolg der Redner und des Verbandes sowie seiner Mitarbeiter schmälern, während am letzteren Plage durch das Einmischen eines Nutzenstrebenden, der es mit seinen Reden ganz wohl gemeint haben mochte, eine unvermeidliche Kollision mit den „Christlichen“ erfolgte. Es gibt eben Menschen, die sich gar zu gern reden hören. Bei unseren Kollegen ist dies gleichfalls zu bemerken. Ihre Ausführungen tragen oft dazu bei, den Gang der Verhandlungen zu hemmen und die Diskussion auf ein recht niedriges Niveau zu bringen. Der Eindruck des Vortrages wird da oftmals verwischt und insolge dessen der Sache mehr Schaden wie Nutzen gebracht. Bloß um zu reden, soll niemand in den Vordergrund treten, sondern es muß auch abgewogen und überlegt werden, was zu reden ist. Die einsichtigeren und eingeweihteren Kollegen würden deshalb gut daran tun, wenn sie die Leute, von denen sie wissen, daß ihnen jedes taktische Vorgehen abgeht und die um jeden Preis stänkern müssen, recht ernstlich ans Schweigen mahnen. Damit wäre den Versammlungsbefuchern und der Bewegung gedient.

Ziehen wir das Fazit der Agitationstour, so ergibt sich unstreitig eine weitere Aufklärung und Stärkung der Mitglieder, eine Belebung der Geister. Die Haupttätigkeit unserer Agitation und gleichzeitig die feste Stütze der Organisation wird aber stets in der Kleinarbeit ruhen. Das Behandeln der verschiedensten Fragen von Mund zu Mund, im engeren und vertrauenswürdigen Kreise, wirkt immer vorteilhaft und nachhaltig. Die Mitarbeit vieler verteilt das Fundament auf viele Schultern, und das ist für jede Arbeiterorganisation vonnöten. Wenn auch keineswegs der Wert großjüngerer Werbearbeit unterschätzt werden darf, so ist doch zu beachten, daß zu einem großen Bau ein guter Grundstein gehört, und diesen bilden die Mitglieder, die den Zweck der Organisation erfasst haben und ständig selbst mitarbeiten, nicht aber bloß zahlen. Hierin liegt die beste Garantie für den Bestand und die Weiterentwicklung der Gewerkschaft und die Verbesserung der jetzigen Verhältnisse. Zur Schaffung solch aufklärter Mitglieder ist die Agitation von und auf allen Gebieten erforderlich. Es ist dabei ebenfalls darauf zu sehen, daß die kleinen und mittleren Orte uns im Vorwärtsdrängen nicht hindern. Deshalb müssen wir unsere Ideen und Organisationsbestrebungen in alle Gegenden tragen, überall müssen wir versuchen, Eingang zu finden. Dazu sollen auch fernerhin die großen Agitationsversammlungen dienen. Mögen sie alle gute Erfolge zeitigen.

A. M.

### Brief aus Hannover.

Es ist gewiß nicht erfindlich, wenn man von Hannover immer wieder berichten muß, daß in den städtischen Betrieben Zustände herrschen, die aller Beschreibung spotten. Die Behandlung der Arbeiter läßt in manchem Betriebe viel zu wünschen übrig. Auch die Entlohnung der Arbeiter ist, wie wir bereits früher an dieser Stelle nachgewiesen haben, eine mangelhafte. Die städtischen Arbeiter haben zwar kürzlich eine Zulage von 1 bis 2 Pf. pro Stunde erhalten. Diese geringe Zulage würde man als genügend betrachten können, wenn die Löhne der Arbeiter bereits recht hohe wären. Aber das Gegenteil ist der Fall. Trotz der niedrigen Löhne und der geringfügigen Zulage scheint der Betriebsleiter des Schlacht- und Viehhofes der Ansicht zu sein, daß die gemachten Zulagen noch zu hohe seien, da bis zu der Zeit, wo diese Zeiten geschrieben werden, noch keine Zulagen für alle Arbeiter bewilligt sind. Gerade die Arbeiter des Schlacht- und Viehhofes werden aber mit am schlechtesten bezahlt. Diesen Umstand sucht der Betriebsleiter dadurch abzuändern, indem er die Arbeitszeit ins ungemessene steigert. 80, 90 und auch 100 Stunden werden die Arbeiter durchschnittlich pro Woche beschäftigt. Mit dem in einer zehnstündigen Arbeitszeit pro Tag erhaltenen Lohne wäre es den Arbeitern unmöglich, den Lebensunterhalt für sich und ihre Familienangehörigen zu decken. Das beweist wohl zur Genüge, daß eine Lohnerhöhung für diese Arbeiter dringend notwendig ist.

Aber auch die Direktion der Kanalisation scheint die Lohnzulage recht ungeru und widerwillig gegeben zu haben, denn ein Aufseher äußerte sich in bezug auf das eingereichte Gesuch: „Wenn wir herausbekommen, wer das Schriftstück verfaßt hat, der wird sofort entlassen.“ Daß es den Herren bei der Kanalisation ernst damit ist, beweist folgender Vorfall: Den auf der Kläranlage beschäftigten Arbeitern wurde nichts davon mitgeteilt, daß den Arbeitern 2 Pf. pro Stunde Zulage bewilligt waren. Die Anwesenheit des Ingenieurs Grünert veranlaßte nun einen unserer dort beschäftigten Kollegen, den Herrn zu fragen, indem er auf sein schmutziges Aussehen hinwies, ob er nicht einige Pfennige Lohnzulage erhalten könne, da 33 Pf. pro Stunde viel zu wenig sei. Darauf sagte der Ingenieur, daß er doch jetzt 35 Pf. bekäme, worauf unser Kollege erwiderte, daß den auf der Kläranlage Beschäftigten nichts bekannt sei. Wenn es nun auch 35 Pf. pro Stunde gibt, so ist auch dieses für solch eine schwierige, ekel-erregende, gesundheitschädliche Arbeit noch zu wenig. Die dort Beschäftigten müssen bis übers Anie im Wasser herumwaten und mit entblößten Armen im Schlamm und Kloake herumwühlen. Anstatt sich aber nun von der Wahrheit des Gesagten überzeugen zu lassen, der Herr sah es ja mit eigenen Augen, daß das Vorgebrachte Tatsachen waren, erklärte der Ingenieur Grünert: „Wenn Ihnen das nicht paßt, dann können Sie aufhören.“ Bereits einige Stunden später hatte unser Kollege seinen Kündigungsschein in der Tasche. Dieser Vorfall beweist, wie recht- und schlußlos die städtischen Arbeiter in Hannover sind. Aber auch alle übrigen städtischen Arbeiter müssen aus diesem Vorfall die Lehre ziehen, daß alle Sachen gemeinsam behandelt werden müssen, da der einzelne der Willkür und Laune der Vorgesetzten ausgesetzt ist. Der Magistrat lehnt alle Gesuche und Beschwerden der Arbeiter ab und verweist die Arbeiter immer an ihre Vorgesetzten. Wie die Arbeiter dort empfangen und behandelt werden, beweist dieser Fall wieder einmal recht deutlich. Die Herren Beamten wissen ja, daß sie mit den Arbeitern umgehen können, wie es ihnen beliebt, da ihnen deswegen seitens des Magistrats oder des Bürgerdorfschreiberskollegiums keinerlei Vorwürfe gemacht werden. Sätze nur ein wirklicher Arbeitervertreter in dem Bürgerdorfschreiberskollegium, dann wären die Arbeiter sicher, daß derartige Fälle dort zur Sprache gebracht und kritisiert würden. Von den jetzigen Bürgerdorfschreibern kümmert sich keiner um die städtischen Arbeiter. Die Kollegienitzungen finden meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, und kein Mensch erzählt, was da verhandelt wird. Arbeiterinteressen sind es sicher nicht, denn die kommen nicht einmal in den öffentlichen Sitzungen zur Sprache.

Angeichts der herrschenden Arbeitslosigkeit ist es wohl angebracht, hier noch eine Sache an die Öffentlichkeit zu bringen. Es ist des öfteren schon vorgekommen, daß städtische Arbeiter auf dem Rennplatz jedesmal vor den Rennen beschäftigt werden. Von wem werden die Arbeiter in dieser Zeit bezahlt? Die städtischen Arbeiter erhalten ihr Geld aus der Stadtkasse, auch wenn sie auf dem Rennplatz beschäftigt sind. Sind die Steuern der Bürger dazu da, damit dem Rennverein auf Kosten der Stadt der Rennplatz in Ordnung gebracht wird? Wenn dies der Fall ist, dann müssen wir energisch gegen eine derartige Verwendung von städtischen Mitteln protestieren, denn der Rennplatz hat doch den Steuerzahlern der Stadt Hannover Geld genug gekostet. Man sollte meinen, daß er dem Magistrat wegen der nicht bewilligten 10 000 Mk. noch einiges Alptrüden verurteilt. Wird aber vom Rennverein für die Arbeiten der Betrag an die Stadtkasse abgeführt, auch dann müssen wir uns dagegen wenden, denn es sind genügend Arbeitslose in der Stadt vorhanden, die gewiß eine vorübergehende Gelegenheit zur Arbeit sich nicht entgehen lassen würden. Die städtischen Arbeiter sind zur Genüge angestrengt beschäftigt. Während immer auf dem Rennplatz beschäftigt sind, werden die anderen immer noch mehr angetrieben, damit die Arbeit für die Abkommendierten mit fertig gemacht wird. Es müssen eben mehr Arbeiter eingestellt werden. Oder sollte dies alles nur ein Werk des betreffenden Aufsehers sein? Dann ist es Pflicht der oberen Behörde, die Sache einmal zu untersuchen. Auch die städtischen Steuerzahler dürften ein Interesse an dieser Sache haben.

Noch ein recht arger Mißstand sei hiermit zur Sprache gebracht, und das betrifft die Lohnzahlung. Die städtischen Arbeiter Hannovers erhalten nur alle vierzehn Tage ihren Lohn ausbezahlt. Ist die vierzehntägige Lohnzahlung schon eine Ungerechtigkeit an den Arbeitern, um so schlimmer ist aber noch der Zustand, daß die Arbeiter acht Tage Lohn stehen lassen müssen. In einem Betriebe beträgt es nur eine Woche, in einem anderen haben Tage und beim Stadtbauamt acht Tage. Jetzt ist auch noch

die Kanalisation hinzugekommen. Am letzten Zahlungstage, Sonnabend, den 23. Mai, wurde den dort beschäftigten Arbeitern zwei Tage Lohn zurückbehalten. Die Mehrzahl dieser Arbeiter sind dadurch in arge Verlegenheit geraten, da sie bisher noch keine volle Zahlung erhalten haben, auch eine Folge der vierzehntägigen Lohnzahlung. Viele müssen am 1. Juni Miete bezahlen und nun noch zwei Tage Lohn weniger. Wenn die Stadtverwaltung auch nur das geringste Verständnis von der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter besäße, dann müßte sie wissen, was für den Arbeiter zwei Tage Lohn bedeuten. Am 28. Mai werden die Lohnlisten geschlossen, am 6. Juni gibt es erst Geld dafür. Wenn ein Arbeiter am 20. Mai in einem städtischen Betrieb in Arbeit tritt, dann erhält er erst am 20. Juni Geld, da die acht Tage bis zum 6. Juni nicht an diesem Zahlungstage ausbezahlt werden. Haben die Herren wohl schon einmal darüber nachgedacht, wovon ein Arbeiter, der häufig schon vorher einige Wochen arbeitslos war, während der drei Wochen, wo er keinen Lohn erhält, leben soll? Wenn zwei bis drei Tage zurückbehalten werden, müßten die Arbeiter nichts dagegen haben, da anzunehmen ist, daß diese Zeit zur Anfertigung der Lohnlisten notwendig ist. Aber wie es hier geschieht, gleich für acht Tage den verdienten Lohn bei vierzehntägiger Lohnzahlung zurückbehalten, dafür liegt kein vernünftiger Grund vor. Öffentlich wird die Stadtverwaltung recht bald eine andere Methode in der Lohnzahlung einführen, die Notwendigkeit ist vorhanden. Ebenso ist es zweckmäßiger, den Zahlungstag auf den Freitag zu verlegen. Es kann ganz gleichgültig sein, ob am Sonnabend oder am Freitag ausbezahlt wird, den Arbeitern ist aber damit gedient, da die Frauen dann Sonnabends ihre Einkäufe besorgen können, während es jetzt immer Sonntags geschehen muß.

An alle unorganisierten städtischen Arbeiter richten wir aber die Mahnung, nicht mehr länger beiseite zu stehen, sondern mit einzutreten in die Reihen der kämpfenden Kollegen.

Die der Gartendirektion unterstellten Arbeiter haben bisher ebenfalls, aber vergeblich auf eine Lohnzulage gehofft. Wie notwendig eine Lohnzulage aber gerade für diese Arbeiter ist, beweisen die ganz besonders niedrigen Löhne, die da bezahlt werden. Arbeiter, die bereits ein Vierteljahrhundert und noch länger ihre Arbeitskraft der Stadt geopfert haben, werden mit 3,20 Mk. pro Tag entlohnt. Besonders trifft dies bei den Friedhofsarbeitern zu. Die Löhne der auf dem Friedhof beschäftigten Arbeiterinnen sind geradezu höhrwoll zu nennen, 1,80 Mark pro Tag für ein zehntündige Arbeitszeit. Daß bei diesen niedrigen Löhnen die Arbeiterinnen nicht arbeitsfreudiger werden, ist wohl allzubegreiflich. Sie müssen geradezu an Unterernährung leiden. Sollte der Magistrat nicht doch einmal zu der Ueberzeugung kommen, daß seine bisherige Praxis eine verkehrte war, indem man die Arbeiter mit den Gesuchen um Lohnerhöhungen an die Beamten verweist? Die Tatsachen beweisen doch zur Genüge, daß die Beamten den Wünschen der Arbeiter auch nicht das geringste Entgegenkommen zeigen. Dabei hat man erst kürzlich wieder eine größere Summe bewilligt, um die Trostschichtenbesitzer, die ihren Kongress in Hannover abhalten, zu bewirten. Welchen Eindruck muß es auf die städtischen Arbeiter machen, wenn sie sehen, daß man ihre beschwerdlichen Wünsche abweist, während man Leute auf Kosten der Stadt bewirtet, die selbst dazu in der Lage sind.

Auch bei dem Stadtbauamt werden Arbeiter, die bereits zehn Jahre dort beschäftigt sind, mit 3,60 Mk. pro Tag entlohnt, während andere mit weniger Dienstjahre bereits höhere Löhne erhalten. Alle diese hier vorgebrachten Tatsachen sollten dem Magistrat endlich veranlassen, in den städtischen Betrieben einmal verregelte Lohnverhältnisse zu schaffen. Hoffen wir, daß es in Bälde geschieht.

### Aus unserer Bewegung.

**Feuerbach.** In Nr. 22 und 23 der „Gewerkschaft“ ist die vielgepriesene Arbeitsordnung in Feuerbach bereits einer eingehenden Kritik unterzogen worden. Wir lassen noch einige Schlussparagrafen folgen, die aus technischen Gründen zurückgestellt werden mußten:

Die §§ 18 bis 27 enthalten die Ordnungsvorschriften, daß A. V. die schärfsten Fäusen nicht überschritten werden dürfen, daß, falls die Arbeitsstelle von einer Wesper- oder Mittagsgelegenheit so weit entfernt ist, daß die Fäusen nicht ausreichen, die Fäusen auf der Arbeitsstelle zugebracht werden müssen, in welchem Falle für einen genügenden Unterkunftsraum nach Möglichkeit Sorge getragen wird,

Das Verbeischnen und der Genuß von geistigen Getränken sowie das Rauchen während der Arbeitszeit ist verboten. Daß bei großer Hitze nichtgeistige Erfrischungen gereicht werden, fehlt dagegen in der Arbeitsordnung.

Privatarbeiten für städtische Vertreter, Beamte und Angestellte dürfen von städtischen Arbeitern auch gegen Bezahlung nicht ausgeführt werden.

Für Zuwiderhandlungen gegen die Arbeitsordnung sind keine bestimmten Strafen vorgesehen. In dem ersten Entwurf war zwar enthalten, daß solche von 1 bis zu 3 Mk. von dem Betriebsvorstand verhängt werden könnten, die alsdann zur Unterstützung bedürftiger Arbeiter verwendet würden.

Diergegen wurde entschieden protestiert und beantragt, daß eventuelle Verfehlungen vom Stadtvorstand zu ahnden seien. Dem wurde auch stattgegeben. Die Zukunft wird sicher lehren, daß es auch ohne Strafen geht, sogar viel besser als mit Strafen.

Die §§ 28 bis 34 gelten als „Statut für den Arbeiterausschuß.“ Nach diesem sind alle volljährigen Arbeiter wahlberechtigt und dieselben wählbar nach einjähriger Dienstzeit.

Die Wahlen erfolgen jeweils auf zwei Jahre. Der Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden selbst aus seiner Mitte.

Der § 33 ist von besonderer Bedeutung. Er lautet: „Auf besonderen Wunsch und soweit es für die Interessen der Stadtgemeinde dienlich erscheint, wird der Betriebsvorstand oder sein Beauftragter den Sitzungen anwohnen. Auf Beschluß der Mehrheit der Arbeitervertreter ist zu den Sitzungen auch ein Vertreter der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation zuzuziehen.“

Unseres Wissens ist dies das erste Mal, daß der Organisation offiziell eine Vertretung in einem Arbeiterausschuß eingeräumt ist. Offiziell findet diese Vertretung auch in bald anderwärts in den diesbezüglichen Statuten Aufnahme.

**Freiburg i. Br.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Filiale fand am 6. Juni im Restaurant Hubacher statt. Kollege Tondré erstattete den Massenbericht vom letzten Quartal und tadelte die Beitragsrückständigkeit verschiedener Kollegen. Kollege Hoffmann gab den Karteibericht bekannt und teilte mit, daß für den auscheidenden Gewerkschaftssekretär Engler Genosse Damm gewählt wurde. Bei der Wahl als Kartevorsitzender war Kollege Arnold vorgeschlagen, er lehnte es jedoch ab und wurde Genosse Faber gewählt. Am Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhafteste Debatte. Zunächst tadelte Kollege Kubling die mangelhafte Zustellung der „Gewerkschaft“ durch den Zeitungsträger und wurde beschlossen, in der nächsten Vorstandssitzung die Sache zu regeln. Kollege August kam auf den Arbeiterausschuß zu sprechen und bemängelte seine bisherigen Leistungen, indem der Arbeiterausschuß bis jetzt noch nicht so in Funktion getreten ist, wie es sein sollte, was sich bei der Einreichung einer Petition an den Stadtrat über den Dreischichtenwechsel im Gas- und Elektrizitätswerk, sowie höhere Löhne für die Feuerbauarbeiter im Gaswerk deutlich gezeigt habe. Die Sache würde zu lange hinausgeschoben und die Kollegen ungeduldig gemacht. Kollege Tondré, Arbeiterausschußmitglied, gibt zu, daß es etwas schlau hergeht, betont aber zugleich, daß das nicht am Arbeiterausschuß liege, sondern nur einzig und allein an der Willkür der Stadtverwaltung, indem der Arbeiterausschuß leider bis jetzt nur ein Dekorationsstück der Stadtverwaltung sei und ihr machtlos gegenüberstehe und nur durch eine starke hinter ihm stehende Organisation etwas erreichen könne. Zum Schluß schilderten noch einige Kollegen Mißstände in verschiedenen städtischen Verwaltungen, so z. B. Kollege Gummeler vom Stadttheater, daß man nach Schluß der Spielzeit die Arbeiter entläßt, ohne sie irgendwo unterzubringen, und betont, die Stadtverwaltung müßte dazu verpflichtet werden, die in Frage kommenden Leute in anderen städtischen Betrieben einzustellen. Verschiedene Kollegen der Straßenbahn verweisen noch auf die schlechten Löhne in den dortigen Betriebswerkstätten. Schluß der Versammlung 12 Uhr.

**Hamburg.** Eine gut besuchte Versammlung der Straßeneinigiger tagte am Sonntag, den 31. Mai d. J. Genosse Mallubach hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Thomas Münzer und den Bauernkrieg“. Sodann wurde über den Stand der Lohnbewegung berichtet. Die feinerzeit gewählte Lohnkommission hat ihre Aufträge an den inzwischen in Funktion getretenen Arbeiterausschuß überwiesen, welcher die Anträge bereits weitergeleitet hat. Für die Straßeneinigiger kommen folgende Punkte in Betracht: 1. Die Arbeitszeit für alle Tagarbeiter in den Straßeneinigigerabteilungen, Hauptdepot und in der Mübelabfuhr möge 9 Stunden pro Tag betragen. Am Sonntagabend tritt etwas früher Feierabend ein. 2. Die Löhne mögen festgesetzt werden für a) Tagarbeiter in den Abteilungen der Ham-

burger Straßeneinigiger, Plabarbeiter auf dem Hauptdepot und der Verbrennung auf 4,50 Mk., steigend bis auf 5 Mk.; b) Nachtarbeiter in den Abteilungen auf 4,80 Mk., steigend bis auf 5,30 Mk.; c) Schichtarbeiter, Schlackenbrecher und Stopfer der Verbrennung sowie für die Mübelabfuhr auf 5 Mk., steigend bis auf 5,50 Mk.; d) Handwerker 5,40 Mk., steigend bis auf 6 Mk., soweit nicht schon höhere Löhne bestehen; e) Chargierte sind entsprechend zu erhöhen. 3. Den Lohn auch für die in die Woche fallenden Feiertage zu bezahlen, auch wenn an ihnen nicht gearbeitet wird. 4. Den Erholungsurlaub ohne Einschränkung der Senatsverfügung vom 8. August 1907 zu gewähren, wobei Krankheiten nicht als Unterbrechungen im Sinne der Bestimmung unter Ziffer 2 der gedachten Verfügung anzusehen sind. — Ueber die einzelnen Punkte wurde noch eingehend diskutiert und vor allen Dingen die Notwendigkeit einer Lohnzulage betont. Ferner wurde zur Sprache gebracht, daß es höchst ungerecht sei, denjenigen Arbeitern, welche zwei Krankentagen angehören, die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld nicht voll auszubehalten. Der Arbeiter verweigert sich doch deshalb doppelt, weil die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld längstens nur auf die Dauer von 6 Wochen gezahlt wird. Wenn man seine Beiträge für eine zweite Versicherung zahlt, solle der Staat dies doch nicht zurückerheben. Offensichtlich wird der Arbeiterausschuß diese Frage in nicht zu ferner Zeit auch ansprechen. Besondere Befriedigung erweckte die Mitteilung, daß der Arbeiterausschuß auftragsgemäß auch den Antrag betreffend Ausführung sogenannter Streikarbeit eingereicht habe. Nun komme es auf das Resultat der Verhandlungen, die am 13. Juni d. J. angeht, an. Ein Schreiben des Kollegen S. betreffend Spezialleistungen einzelner Kategorien fand durch Verichterstattung seine Erledigung. Bei dieser Gelegenheit war angeregt worden, die Straßeneinigigerversammlung immer Sonntags abends einzuberufen. Es sprachen ebensoviel Kollegen dagegen wie dafür, und soll der Geschäftsleitung, die alle in Frage kommenden Umstände zu berücksichtigen hat, die Einberufung überlassen bleiben. An Stelle des ausgedienten Kollegen Vohlt, der als Leiter nach Lübeck geht, wurde Kollege Sadler in die Gruppenleitung gewählt. Die nächste Versammlung der Straßeneinigiger wird wahrscheinlich am Sonntag nach dem Gewerkschaftslogengreß stattfinden, in welcher einer der auswärtigen Delegierten unseres Verbandes auftritt. Zum Schluß sprachen mehrere Kollegen den Wunsch aus, öfters in den Gruppenversammlungen der Straßeneinigiger belehrende Vorträge aus der Geschichte, Gesetzkunde und dergleichen mehr zu bieten.

**Stettin.** Der „Pommerschen Reichspost“ vom 9. Juni entnehmen wir folgendes aus der letzten Stadtverordnetenversammlung: „Der Versammlung ist erneut ein Gesuch der städtischen Arbeiter betreffend Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterbreitet worden. Verichterstatte Stadtv. Kieh betont, daß das im Verlaufe ganz kurzer Zeit zum dritten Male eingebrachte Gesuch sich in den einleitenden Worten von den früheren unterscheidet. Wenn es nun darin heiße, daß wenn keine Aenderung eintrete, die „Erregung unter den städtischen Arbeitern immer größer werde“ und „zur Anwendung anderer wirtschaftlicher Kampfmittel führen“ werde, so glaube er (Verichterstatte) nicht, daß diese Worte auf die Versammlung irgendein Eindruck machen können. Es würde nicht der Würde der Versammlung entsprechen, in so kurzem Zeitraum über ein solches Gesuch zum dritten Male zu beraten. Die Finanzkommission beantrage deshalb Ablegung zur Tagesordnung. — Stadtv. Knappe (Soz.) meint, daß das dem Gesuch beigegebene Material unter Bezugnahme auf maßgebende Verhältnisse in anderen Städten neue Begründungsmomente aufweise und billigerweise das Gesuch einer Beratung unterzogen werden müsse. — Stadtv. Derberl (Soz.) beantragt, den Magistrat zu ersuchen, eine Enquete bezüglich der Gasanalarbeiter zu beschaffen. — Oberbürgermeister Dr. Ackermann bemerkt demgegenüber, die Verhältnisse einzelner Städte könnten nicht richtunggebend sein. Der Magistrat habe namentlich zu prüfen, ob er zu den Löhnen des heimischen Gewerbes im richtigen Verhältnis stehe. Außerordentlich bedauerlich sei, daß es die Unterzeichner der Petition den Behörden so schwer machten, auch vielleicht berechtigten Wünschen entgegenzukommen, ohne sich etwas zu vergeben (?). Die Frage der Arbeitszeit der Eisenarbeiter werde übrigens von neuem geprüft. — Durch Abstimmung wird mit großer Mehrheit Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. — Wums! Die Stettiner Kollegen sind nun wieder für eine Weile abgefertigt. Eigentlich darf man sich ja über das negative Resultat ihrer Eingaben nicht allzusehr wundern! Ist doch unter dem weitaus größten Teil der Stettiner städtischen Arbeiter eine Gleichgültigkeit, Apathie und Klauheit eingegriffen, die übergleichen sucht. So muß es hier wohl oder übel ausgesprochen werden, daß die Stettiner Kollegen selbst schuld daran sind, daß ihre tieftraurigen Lohnverhältnisse nicht vorwärts kommen. Die Stadtverwaltung und die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit wissen eben ganz genau, was sie „ihren“ Arbeitern bieten können! Unter diesen Verhältnissen müssen nun

\*) Nach 13 Dienstwochen auf 2 Wochen, nach 52 Dienstwochen auf 4 Wochen, nach 104 Dienstwochen auf 6 Wochen, unter Anrechnung von drei Kranktagen

